

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/149

7. August 1973

Raumordnung und Umweltschutz konkretisieren

Wichtige Felder der sozialdemokratischen
Gesellschaftspolitik

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister für Städtebau und Raumord-
nung und Vorsitzender des Beirates für Um-
weltfragen und Raumordnung beim SPD-Vorstand

Seite 1 / 44 Zeilen

Die Innenpolitik rückt nach vorn

Gewichtverschiebung in der Bonner Regierungs-
arbeit

Seite 2 und 3 / 48 Zeilen

Vor dem Ende des Kolonialismus

Ein Welttrend, dem sich auch Lissabon nicht
entziehen kann

Seite 4 / 47 Zeilen

Städtepartnerschaften BRD - DDR ?

Eine Frage, die bald beantwortet werden
sollte

Von Günther Bantzer
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel

Seite 5 und 6 / 75 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Raumordnung und Umweltschutz konkretisieren

Wichtige Felder der sozialdemokratischen Gesellschaftspolitik

von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister für Städtebau und Raumordnung und Vorsitzender
des Beirates für Umweltfragen und Raumordnung beim SPD-Vorstand

Die SPD hat schon bisher den Fragen der Raumordnung und des Umweltschutzes besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit zunehmender Deutlichkeit wurde dabei auch der Zusammenhang zwischen der Lebensqualität gerade der breiten Schichten unseres Volkes und einer aktiven Raumordnungs- und Umweltschutzpolitik erkannt. Entsprechende Feststellungen finden sich Entwurf des Orientierungsrahmens, aber auch in einer Reihe von Beschlüssen des Parteitages von Hannover.

Jetzt gilt es, mittelfristige Zielsetzungen zu entwickeln, die über die politische Tagesarbeit hinausführen, und das Instrumentarium zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen zu verbessern und zu ergänzen. Der Parteivorstand hat zu diesem Zweck einen Beirat für Umweltfragen und Raumordnung ins Leben gerufen. Diesem Beirat gehören zunächst mit diesen Sachgebieten befaßte sozialdemokratische Bundespolitiker an. In den nächsten Wochen soll der Beirat durch die Berufung von sachverständigen Vertretern der sozialdemokratischen Landesregierungen und Landtagsfraktionen, der kommunalen Spitzenverbände sowie von Experten aus dem ganzen Bundesgebiet vervollständigt und auf einen Stand von etwa 30 bis 35 Mitgliedern gebracht werden.

Das Arbeitsprogramm des Beirates wird unter anderem die kritische Begleitung des Bundesraumordnungsprogramms und die Ausarbeitung eines sozialdemokratischen Umweltschutzkonzeptes umfassen. Ausserdem wird der Beirat die Beschlüsse und die noch nicht erledigten Anträge des Hannoveraner Parteitags zu behandeln und einen Beitrag zur Arbeit der Kommission Orientierungsrahmen zu leisten haben. In Einzelfällen wird er sich ferner um die Koordinierung sozialdemokratischer Aktivitäten in Bund, Ländern und Gemeinden bemühen. Bei seiner Tätigkeit kann sich der Beirat auf wertvolle Vorarbeiten einzelner Kommissionen und Unterausschüsse des früheren Ausschusses für Kommunalpolitik, Städtebau- und Wohnungspolitik und auch auf die Arbeitsergebnisse der Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau- und Wohnungspolitik der SPD stützen. Es wird zu überlegen sein, ob nicht die eine oder andere dieser Kommissionen und Unterausschüsse, die weitgehend auch mit Angehörigen der Bundesarbeitsgemeinschaft besetzt waren, vom Beirat übernommen werden sollten. Ausserdem bedarf es sowieso weiterhin einer engen Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft.

Insgesamt zeigt sich: Der Hannoveraner Parteitag hat auch hier neue Akzente gesetzt. Die Bemühung um die Veränderung der Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft, um reale Reformen, treten auch auf dem Gebiet der Raumordnung und des Umweltschutzes in ein konkretes Stadium.

(-/7.8.1973/wt/ex)

Die Innenpolitik rückt nach vorn

Gewichtverschiebung in der Bonner Regierungsarbeit

Die seit langem erwartete Gewichtverschiebung in den Aufgaben der Bonner Koalitionsregierung ist mit den beiden Gesprächen sozusagen festgeschrieben worden, die der Bundeskanzler und SPD-Vorsitzende mit dem Vizekanzler und FDP-Vorsitzenden am 19. Juni und am 30. Juli geführt hat. Im September werden unter intensiver Ausnutzung der restlichen Sommerpause verbindliche Rahmenbeschlüsse gefaßt werden, die klarstellen sollen, welche der innenpolitischen Zielpunkte des Regierungsprogramms in mittel- und langfristigen Terminen bis zum Ende der Legislaturperiode 1976 realisiert werden sollen.

Obwohl der Kanzler erst im September vor dem Kabinett die konkrete Aufgabenstellung bekanntgeben wird, weiß man bereits, daß es sich dabei u.a. um Bereiche der Energiepolitik, des Umweltprogramms sowie der europäischen Agrar- und Finanz-Politik handeln wird. Nach weiteren Abklärungen zwischen den Koalitionspartnern werden dann vier Hauptkomplexe in Angriff genommen werden: die Steuerreform und Vermögenspolitik, die Mitbestimmung und die Humanisierung des Arbeitslebens, das Bodenrecht und die gemeindlichen Planungskompetenzen sowie die berufliche Bildung und andere Fragen der Weiterbildung.

Mit diesem konzentrierten Realisierungsprogramm ist der große Gesamtkomplex der Innenpolitik sicher noch nicht zur Gänze erfaßt und es wird notwendig sein, in flexibler Reaktion auch noch andere aktuelle Fragen anzupacken. Aber es gibt jetzt schon keinen Zweifel mehr an der Entschlossenheit der sozial-liberalen

Koalition, in Parlament und Kabinett das Schwergewicht der politischen, legislativen und administrativen Arbeit auf das innenpolitische Gebiet zu verlegen. Es ist noch ausreichend Zeit genug, um dieses Feld nicht nur zu beackern und zu besäen, sondern auch noch die Ernte einzufahren.

Daß dennoch die Außenpolitik nicht Not leiden wird, braucht nicht ausdrücklich versichert zu werden. Es gibt auch hier Aufgaben genug, die den vollen Einsatz der Bundesregierung und des Bonner Parlaments erfordern. Die Städtenamen Wien, Genf, Helsinki, Brüssel usw. beinhalten ein komplettes Arbeitsprogramm, das nicht zu vernachlässigen ist.

Insgesamt gesehen sollten also die Koalitionsregierung und die Koalitionsfraktionen erwarten können und dürfen, daß die Koalitionsparteien den vollen Einsatz in Bonn durch den vollen Einsatz im Land rückhaltlos unterstützen und fördern. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung braucht Rückendeckung und Rückenstützung, um zugleich mit der Absicherung der Entspannungs- und Friedenspolitik auch mit ungestörten Kräften das große Programm der progressiven Reformarbeit verwirklichen zu können, das in Willy Brandts Regierungserklärung angekündigt worden war. In einer Demokratie trägt jeder Bürger sein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für das Gelingen der mit dem Wahlzettel freiwillig bestätigten Regierungsziele. (ee/7.8.1973/ks/ee)

+ + +

Vor dem Ende des Kolonialismus

Ein Welttrend, dem sich auch Lissabon nicht entziehen kann

Es ist paradox: Eines der kleineren Länder Europas ist zugleich die älteste und größte Kolonialmacht der westlichen Welt. Die portugiesischen Kolonien in Afrika übertreffen an Bevölkerungszahl und Quadratkilometern das vielfache des "Mutterlandes". Die Briten haben, den Geist der Zeit erkennend, nach dem zweiten Weltkrieg ihren gewaltigen Kolonialbesitz, zu dem auch Indien gehörte, aufgegeben, die Franzosen, durch den mörderischen Algerienkrieg dazu gezwungen, mußten dieses Land in die Unabhängigkeit entlassen, und auch die Holländer waren nicht imstande, das an Rohstoffschätzen so reiche Indonesien zu behalten. Nur der NATO-Staat Portugal stemmt sich gegen eine unaufhaltsame Entwicklung. Er hält am Kolonialismus fest, und dieses Beharren hat in den portugiesischen Kolonien einen Befreiungskrieg mit all seinen Schrecken ausgelöst. Die Regierung Portugals verweigert den Völkern von Angola und Mozambique das Recht auf Selbstbestimmung, auf Unabhängigkeit und es will sie unter fadenscheinigen Vorwürfen weiter unter Kolonialmacht halten.

In einer Entschliessung des SPD-Parteitag von Hannover heißt es: "Der noch bestehende Kolonialismus ist eine schwere Belastung für das gesamte westliche Bündnis und mit seinen Prinzipien unvereinbar." Dieses Wort gilt. So war es nur folgerichtig, daß von der SPD eine Einladung an die Frelimo-Führung erging, jene Bewegung in Mozambique, die seit vielen Jahren um die Freiheit ihres Landes kämpft, und erfolgreich kämpft, denn unter ihrer Oberhoheit steht schon ein Drittel dieses Landes. Und sie ist entschlossen, am Ziel der völligen Unabhängigkeit des ganzen Landes festzuhalten. Die deutsche Öffentlichkeit bekam von der Delegation, geleitet vom Vizepräsidenten der Frelimo, Dos Santos, Informationen aus erster Hand, eingeschlossen die Vertreter der FDP, der Kirchen beider Konfessionen und der Gewerkschaften. Es verdient in diesem Zusammenhang ausdrücklich registriert zu werden, daß es gerade spanische katholische Priester waren, die die Welt von den Massakern in dieser Kolonie unterrichteten. Es geschehen dort grauenhafte Verbrechen an einem ganzen Volk, die das portugiesische Kolonialregime mit Schande beladen.

Die Frelimos genießen viele Sympathien in Europa und in der Welt. Sie verdienen in ihrem Streben, die portugiesische Herrschaft zu beenden, jedwede politische und humanitäre Unterstützung. Zwischen ihnen und der deutschen Sozialdemokratie gibt es viele Punkte gemeinsamer Übereinstimmung. Die Sozialdemokratie verachtet gemäß ihrer großen freiheitlichen Tradition jede Form von Kolonialismus. Er ist eine Krankheit, aus der Verderbnis für Herrscher und Beherrschte entspringt. Europa, einschließlich Portugal, kann nur gewinnen, wenn sich Lissabon vom Überleben, der Zeit und den Geboten der Humanität und der Zivilisation widersprechenden Kolonialismus löst und die Völker Angolas und Mozambiques endlich in die Freiheit entläßt.

(ae/7.8.1973/wt/ex)

Städtepartnerschaften BRD - DDR ?

Eine Frage, die bald beantwortet werden sollte

Von Günther Bantzer

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel

Nachdem in den letzten Jahren immer wieder Segler aus der DDR zu internationalen Segelregatten nach Kiel gekommen waren, beschloß der Einladungsausschuß des Kieler Woche-Ausschusses der Stadt Kiel zur Kieler Woche 1973 auch eine Delegation der Stadt Rostock einzuladen. Mit Schreiben vom 23. März 1973 ist Oberbürgermeister Heinz Kochs als Vorsitzender des Rates der Stadt Rostock gebeten worden, eine Delegation zur Kieler Woche zu entsenden und die Einladung der Segelvereine, die die Regatten zur Kieler Woche veranstalten, an Segler aus der DDR unterstützen. In seinem Schreiben vom 12. April 1973 hatte Oberbürgermeister Kochs für die Einladung gedankt, den Besuch einer Delegation zugesagt und im Namen des Rates der Stadt Rostock um einen Gegenbesuch durch eine Kieler Delegation zur Ostseewoche 1973 gebeten. Diese Einladung wurde angenommen und beschlossen, daß die Delegation aus Stadtpräsidentin Hinz, Oberbürgermeister Bantzer, Stadtrat Fuhrmann sowie als Vertreter der Fraktionen Stadtrat Marschner und Ratsherrn Jensen bestehen sollte.

Die Rostocker Delegation - Oberbürgermeister Kochs, Stadtrat Schmutzler und Ratsherr Gössel - traf am 22. Juni 1973 in Kiel ein und wurde noch am selben Tage im Rathaus von Stadtpräsidentin Hinz, Oberbürgermeister Bantzer und Stadtrat Fuhrmann empfangen. Die Begrüßung durch die Kieler Bevölkerung bei der Eröffnung der Kieler Woche war ausgesprochen freundlich und lebhaft. Das Programm bis zur Abreise am 26. Juni 1973 sah neben Teilnahme an Veranstaltungen der Kieler Woche vor allem die Besichtigung von Neubaugebieten und kommunalen Einrichtungen vor.

Bei den vielen Gesprächen in diesen Tagen wurde auch die Frage von Städtepartnerschaften angesprochen, weil vor und nach Abschluß des Grundvertrages diese Frage in vielen Städten und

Gemeinden erörtert worden ist. Die Gäste waren für diesen Problemkreis auch durchaus kompetent, weil Stadtrat Schutzler Vizepräsident des Städte- und Gemeindetages der DDR und Oberbürgermeister Kochs Mitglied des Präsidiums sind. Auf unsere Fragen wurde uns geantwortet, daß Vereinbarungen über Partner- oder Patenschaften zwischen einzelnen Städten aus der Bundesrepublik und aus der DDR erst möglich sein werden, wenn es zu einem zusätzlichen Abkommen zwischen beiden Staaten zu dieser Frage aufgrund des Art. VII des Grundvertrages gekommen ist. Dieser Artikel sieht vor, daß auf den Gebieten von Wirtschaft, Kultur, Sport u.a. weitere Vereinbarungen über die Zusammenarbeit getroffen werden können. Den Hinweis auf Art. VII erhielten alle, die die Delegationsmitglieder auf engere Kontakte zu Institutionen in Rostock oder auf den Austausch von Gruppen ansprachen (z.B. Universität, Sport, Theater).

Da die Reise der Rostocker nur der Information diene, war von vornherein klar, daß der Besuch der Kieler in Rostock vom 7. Juli 1973 bis 11. Juli 1973 ebenfalls nur informatorischen Charakter haben konnte. Trotzdem versuchten wir in Gesprächen mit Vertretern des Rates der Stadt Rostock und der SED zu erfahren, auf welcher Ebene nach den dortigen Vorstellungen die zusätzlichen Vereinbarungen zu Art. VII Grundvertrag betr. engere Zusammenarbeit zwischen Kommunen in beiden Staaten zu treffen seien, wobei nachdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß Berlin Mitglied des Deutschen Städtetages ist.

Eine genaue Antwort haben wir nicht erhalten, weil man zwei Möglichkeiten sieht: 1/ Verhandlung und Vereinbarung zwischen den für die Gemeinden zuständigen Ministern bzw. Ministerien oder 2/ Rahmenvereinbarung auf der Ebene Bundesminister Bahr - Staatssekretär Dr. Kohl und dann Verhandlungen zur Ausfüllung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden.

In den Rostocker Gesprächen klang immer wieder durch, daß man in der DDR sehr große Hoffnungen auf die Fortführung der Gespräche zwischen Bundesminister Bahr und Staatssekretär Dr. Kohl setzt, während man gegenüber Gesprächen zwischen Verbänden eine gewisse Skepsis hegt. Dabei spielt die bisher zwischen der Bundesrepublik und der DDR vertraglich nicht gelöste Frage Westberlins und dessen Bindung an die Bundesrepublik wohl die entscheidende Rolle.

Soll es in absehbarer Zeit zu Begegnungen von Bürgern aus Städten und Gemeinden beider deutscher Staaten auf den Gebieten des Sports, der Jugend oder der Kultur kommen, dann ist es erforderlich, daß diese Frage möglichst früh auf die Tagesordnung der Verhandlungen zwischen Bundesminister Egon Bahr und Staatssekretär Dr. Kohl gesetzt wird, denn Staatssekretär Dr. Kohl sieht noch zwei bis drei Jahre harter Verhandlungen voraus.

(-/7.8.1973/sq/ex)